

## **Die Außenpolitik der DDR nach der freien Wahl 1990**

**(Auszug aus: Markus Meckel, Selbstbewußt in die deutsche Einheit, Berlin Verlag Berlin 2001, S. 135-147)**

### **a) Einleitung - Der Weg zur freien Wahl am 18. März 1990**

Die freie Wahl am 18. März 1990 war das Ergebnis der Herbstrevolution des Jahres 1989, in welcher die SED-Herrschaft an ihr Ende kam. Gleichwohl stand sie ganz im Zeichen der deutschen Einheit. Dadurch, daß im Zuge der Herbstrevolution am 9. November 1989 durch eine mißverständliche Information zum Reisegesetz die Berliner Mauer überrannt worden war, hatte sich im Zentrum Europas die Situation völlig verändert. Nun war eine operative Politik für die deutsche Einheit möglich geworden. Das änderte nicht nur die deutsche Politik grundlegend, sondern die Situation in Europa überhaupt.

Vorher war es in der Herbstrevolution um Demokratie und Freiheit gegangen. Wir im Osten hatten bis dahin ebensowenig wie die Politiker des Westens damit gerechnet, daß so schnell die Möglichkeit der Einheit offen stünde. Nun jedoch galt es, sich neu zu orientieren. Für die Menschen auf der Straße wurde mehr und mehr die deutsche Einheit zur Priorität. Die politischen oppositionellen Gruppen vertraten unterschiedliche Positionen. Einige lehnten die deutsche Einheit ab und wollten in einer demokratischen DDR neue Wege gehen. Andere, quer durch alle Parteien - auch in den Blockparteien, wollten dagegen die Einheit sofort. Für die Mehrheit der politischen Gruppierungen war jedoch wichtig, daß es einen geordneten Prozeß der deutschen Einheit gibt, in welchem eben insbesondere auch die Interessen der Ostdeutschen vertreten werden sollten. Deshalb war es für uns von großer Bedeutung, daß eine freie Wahl in der DDR zu Volksvertretern in Parlament und Regierung führt, die diesen Prozeß der deutschen Einheit mit der notwendigen demokratischen Legitimation gestalten können.

Der Wahlkampf war dann fast nur noch von der Frage geprägt, wie schnell und auf welchem Wege die deutsche Einheit am besten zu erreichen sei. Gegner der Einheit hatten in der großen Mehrheit Bevölkerung der DDR überhaupt keine Chance. Schon diejenigen, die wie wir Sozialdemokraten die Schwierigkeiten darstellten, die dieser Prozeß mit sich bringen würde, wurden schnell als Gegner der Einheit diffamiert.

Das Wahlergebnis hat dann deutlich gezeigt, daß die DDR-Bevölkerung eine möglichst schnelle Einheit wollte. Wir Sozialdemokraten beteiligten uns – nach langen und schwierigen Auseinandersetzungen in der Partei und auch der Fraktion – an der Regierungskoalition, um bei der Gestaltung der deutschen Einheit mitwirken zu können und hier insbesondere die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten, denn wir befürchteten, daß dies durch die anderen Koalitionspartner nicht im ausreichenden Maße geschieht.

Außenpolitische Fragen spielten im Wahlkampf keine große Rolle. Für uns Sozialdemokraten war immer wichtig, sehr deutlich zu machen, daß wir die deutsche Einheit so gestalten wollen, daß auch die europäischen Nachbarn sie nicht befürchten müssen. Dies wurde von den konservativen Parteien nicht so betont, war aber auch nicht wirklich strittig. So gab es zu den außenpolitischen Passagen der Koalitionsvereinbarung auch keinen Streit. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maiziere am 19. April 1990 ging auf alle wichtigen Aussagen der Koalitionsvereinbarung ein.

### **b) Die gemeinsame Erklärung der Volkskammer vom 12. April 1990**

In einer gemeinsamen Erklärung der Volkskammer vom 12. April 1990 - in ihrer zweiten Sitzung, während der auch die Minister vereidigt wurden - übernahm die demokratische DDR bewußt die Verantwortung, welche uns als Deutschen aus unserer Geschichte erwächst. Dies war uns besonders wichtig, da es eine grundlegende Veränderung bedeutete gegenüber dem Selbstverständnis der von der SED regierten DDR.

In dieser Erklärung heißt es: „Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“ Die SED hatte eine solche Verantwortung immer geleugnet. Für sie stand die DDR an der Seite der ruhmreichen Sowjetunion gewissermaßen an der Seite der Sieger des Zweiten Weltkriegs und des Fortschritts. Da nach ihrer Ideologie Geschichte immer die Geschichte von Klassenkämpfen war, glaubte sie sich von jeder nationalen Verantwortung frei. So wurde der Antifaschismus der ersten Jahre auch schnell zu einer Legitimationsideologie für die SED-Herrschaft. Eine die Gesellschaft einbeziehende und die Verantwortung des Einzelnen reflektierende Aufarbeitung des Nationalsozialismus gab es in der DDR nicht. Allein die evangelischen Kirchen, das katholische Polenseminar in Magdeburg, die Aktion Sühnezeichen und verschiedene oppositionelle Gruppen waren sich auch in früheren Jahren einer aus der nationalen schuldhaften

Geschichte erwachsenden Verantwortung bewußt und versuchten, ihr durch konkrete Aktivitäten gerecht zu werden.

Für die demokratische DDR sollte dieses Schuldbekenntnis eine wesentliche Grundlage ihrer Politik sein. Waren früher die Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten durch die kommunistische Ideologie und die Zugehörigkeit zum sowjetischen Einflußbereich innerhalb des Ost-West-Konflikts geprägt, so waren diese jetzt völlig neu zu gestalten und auf neue Grundlagen zu stellen.

Das Bekenntnis zur Verantwortung, die uns als Deutschen auch in der DDR und gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland aus der Vergangenheit erwächst, sollte deutlich machen, auf welchen geistigen und moralischen Grundlagen sowohl die Einigung Deutschlands wie auch bis dahin die Außenpolitik der DDR gegründet sein würde. Gerade für das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, die mit uns unter der kommunistischen Diktatur gelitten hatten, denen sich jedoch auch die Geschichtsvergessenheit der DDR fest eingepreßt hatte, war diese Erklärung von besonderer Bedeutung.

Wichtig war außerdem, daß nicht so getan wurde, als knüpfte man unmittelbar an die Nachkriegszeit an. Auch die Schuld der kommunistischen Zeit wurde nicht nur nicht verdrängt, sondern in die eigene nationale Verantwortung übernommen. Sowohl gegenüber dem jüdischen Volk und Israel wie gegenüber der Tschechoslowakei spielte auch diese Dimension eine wichtige Rolle. Die gemeinsame Erklärung entfaltete diese Verantwortung in vier verschiedenen Richtungen und versucht sie auch jeweils zu konkretisieren und zu aktualisieren:

1. Am Anfang stand die Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk. Die SED hatte die Shoa, den Holocaust, auch in ihrer Darstellung des Nationalsozialismus immer eher an den Rand gedrängt. Die Volkskammer bat um Verzeihung für „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“ Konkrete politische Konsequenz sollte u.a. sein, daß jüdische Religion und Kultur gefördert und geschützt sowie Friedhöfe, Synagogen, und Gedenkstätten erhalten und gepflegt werden. Verfolgten Juden sollte in der DDR Asyl gewährt werden. Auch wenn die deutsche Vereinigung bevorstand, sollte aus symbolischen Gründen noch mit Gesprächen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen begonnen werden.

2. Auch gegenüber der Sowjetunion war es uns wichtig, die künftigen Beziehungen in die historischen Bezüge zu stellen. Wir wollten die Russen und die anderen Völker der Sowjetunion nicht mit Stalin und dem Kommunismus identifizieren, sondern deutlich machen, daß wir zum einen die deutsche Schuld des Überfalls auf die Sowjetunion sehen und anerkennen und für Versöhnung eintreten wollen. Zum anderen sollte deutlich werden, daß uns bewußt ist, daß - ebenso wie Deutsche die ersten Opfer Hitlers waren - Russen und die anderen Völker der Sowjetunion die ersten Opfer der kommunistischen Diktatur gewesen sind. Gleichzeitig wurde anerkannt, daß Gorbatschow und die Veränderungen in der Sowjetunion einen wichtigen Anteil daran hatten, daß bei uns Freiheit und Demokratie gesiegt hatten. Dies sollte auch für die künftige Gestaltung Europas berücksichtigt werden. Deutschland sollte wie die SU in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem integriert sein, weil nur so in Europa Frieden und Sicherheit garantiert werden können. Die von der DDR mit der SU abgeschlossenen Verträge sollten möglichst einvernehmlich den neuen Realitäten angepaßt werden.

3. Gegenüber der Tschechoslowakei bekannte sich die Volkskammer zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch Truppen des Warschauer Vertrages und bat dafür um Entschuldigung: „Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht.“

4. Eine im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung besondere Bedeutung hatte das Verhältnis zu Polen. Auch wenn es in allen Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft in den Ländern Ost- und Mitteleuropas Opposition und Widerstand gegeben hatte, so war der polnische Widerstand seit den 70er Jahren am breitesten und wohl auch am tiefsten in der Bevölkerung verwurzelt. Zwar suchte die SED es zu verhindern und scheute sich auch nicht, antipolnische Ressentiments zu schüren, doch gab es in der DDR eine große Anerkennung gegenüber der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc, die das kommunistische Regime zum ersten Mal durch Widerstand aus der Gesellschaft heraus wanken ließ. Polen hatte mit Tadeus Mazowiecki seit August 1989 den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten und war so Vorreiter gewesen beim Sturz der kommunistischen Sowjetherrschaft im östlichen Europa. Noch wichtiger als diese historische Verbundenheit war jedoch die notwendige dauerhafte Gültigkeit der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße. Dies bekräftigte die Volkskammer ohne jede Bedingung. „Insbesondere das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Wir bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus. Dies soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament vertraglich bestätigen.“ Diese Frage sollte im Prozeß zur deutschen Einheit dann aber durchaus noch zu einem Problem werden und in den Verhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Doch davon weiter unten.

### **c) Der Verhandlungsansatz und die Positionen der DDR im Rahmen der 2+4-Verhandlungen**

Die Revolutionen und Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa brachten viele alte und neue Fragen auf die Tagesordnung. Es mußte Ziel der westlichen Staaten sein, nach den schwer lenkbaren Umbruchsprozessen des Herbstes 1989 die Initiative neu in die Hand zu bekommen. Für die USA stand viel auf dem Spiel, nämlich nicht weniger als ihre künftige Rolle in Europa. Daß die deutsche Vereinigung kommen würde, war Anfang 1990 klar, offen waren Zeitraum und Rahmenbedingungen. Von zentraler Bedeutung war für die USA die NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie war das wichtigste Instrument der Führungsrolle der USA in Europa. Ein Austritt Deutschlands hätte die Bedeutung der NATO stark herabgesetzt und den Einfluß der USA in Europa wesentlich eingeschränkt. So unterstützte Präsident Bush aus eigenem nationalen Interesse heraus Helmut Kohls Konzeption einer möglichst schnellen Vereinigung – natürlich zu den eigenen Bedingungen.

Anders Frankreich und Großbritannien. Die damals mit der deutschen Einheit verbundenen Ängste in diesen Ländern vor einem „Großdeutschland“ sind bekannt. Frankreich konnte insbesondere durch das glaubwürdige Engagement der Bundesrepublik für eine weitergehende Vertiefung der Europäischen (Wirtschafts-) Gemeinschaft hin zu einer Europäischen (Politischen) Union gewonnen werden. Helmut Kohl versprach Präsident Mitterand das deutsche Engagement für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und gewann so seine Zustimmung. Somit wurde die deutsche Vereinigung auch zum Motor für den (west-!) europäischen Integrationsprozeß. Für Großbritannien war es wichtig, daß Douglas Hurd anders als seine Chefin persönlich die Vereinigung unterstützte.

Als ich nach der ersten freien Wahl in der DDR am 12. April 1990 zum Außenminister gewählt wurde, waren wichtige internationale Konstellationen bereits festgelegt. Der 2+4-Mechanismus war erfunden und beschlossen. Die genaueren Hintergründe erklärte mir Hans-Dietrich Genscher bei einem Besuch in seinem Privathaus unmittelbar nach meiner Wahl. Noch im Herbst 1989 war ich in meinem programmatischen Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) für einen Friedensvertrag zur Lösung der deutschen Frage eingetreten. Hans-Dietrich Genscher machte nun deutlich, weshalb eine solche Terminologie und jedes daran erinnernde Prozedere unbedingt zu vermeiden sei: Knapp fünfzig Jahre nach Kriegsende dürfe die zwischen Zweitem Weltkrieg und Gegenwart liegende Demokratiegeschichte in der Bundesrepublik und die lange Zeit der Partnerschaft in Westeuropa in Nato und EG nicht ausgeblendet werden. Deutschland dürfe nicht wieder zum bloßen Objekt von Viermächtegesprächen werden. Vielmehr sei zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik nunmehr ein angesehenener Partner unter den Demokratien des Westens sei. Und nicht zuletzt müsse ausgeschlossen werden, daß mehr als fünfzig ehemalige Kriegsgegner auf den Gedanken kommen könnten, bei der deutschen Vereinigung mitreden zu wollen und die Hände aufhalten zu können. Er betonte die Notwendigkeit, daß die beiden deutschen Staaten gleichberechtigte Verhandlungspartner wären, deren Zustimmung Voraussetzung für Entscheidungen war. Diese Argumentation leuchtete mir ein, ihre Intention wurde von mir vollständig geteilt. Wir konnten zudem mit Stolz darauf verweisen, die Demokratie in der DDR selbst erkämpft zu haben. Wir als Ost-Deutsche, die aus ihrer Geschichte gelernt haben, wollten mit Selbstbewußtsein nicht nur an der Gestaltung der deutschen Einheit, sondern auch der europäischen Zukunft mitwirken!

Diesem mit moralischer Legitimation versehenen Gestaltungswillen standen jedoch die realen Möglichkeiten entgegen. Ziel der frei gewählten DDR-Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit. Unsere Aufgabe war es, die Selbstauflösung der DDR vorzubereiten und durchzuführen, bei rechtlichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Das allein verdeutlicht schon - unabhängig von dem Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren - die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozeß.

Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich. Trotz mancher gegenteiligen Äußerung rechnete - und wollte - man aber im Grunde nicht, daß mit der demokratischen DDR noch ein wirklicher Akteur auf's Spielfeld trat. Das wurde schon daran deutlich, daß nach den Vereinbarungen von Ottawa zum 2+4-Mechanismus im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtentreffen der 2+4-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Treffen auf Außenministerebene vorzubereiten, fand vier Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR statt! Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten Positionen waren schon in den Koalitionsvereinbarungen vereinbart worden. Im Folgenden beschränke ich mich jedoch auf Fragestellungen, die mit den 2+4-Gesprächen im Zusammenhang stehen.

1. Wir wollten den Prozeß der deutschen Einheit nicht nur in den Prozeß der europäischen Einigung einbetten – was ja ebenfalls Ziel der Bundesregierung war -, sondern ihn so gestalten, daß er auch noch Katalysator für diese sein sollte. So unterschied sich – bei grundsätzlich gleicher Zielstellung - der Verhandlungsansatz von Beginn an recht grundlegend. Die westlichen Staaten einschließlich der Bundesregierung wollten vor allem die

Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland erreichen, ansonsten aber möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offen gehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde – nämlich im Westen. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, daß wir in verschiedenen Fragen für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozeß im Fluß zu halten und wenigstens die Richtung vorzugeben. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite - aus o.g. verständlichen Gründen - mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

2. Wir hofften, daß es nach dem Ende der Konfrontation der zwei Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen hin zu gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an. Dafür sollte die KSZE eine zentrale Rolle spielen, weshalb wir nach Wegen suchten, diese zu stärken. Anknüpfend an einen polnischen Vorschlag entwickelten wir auf diesem Hintergrund gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei eine Initiative zur Weiterentwicklung und Institutionalisierung der KSZE (die sogenannte trilaterale Initiative). Anfang März 1990, also noch vor der freien Wahl, hatte ich gemeinsam mit Hans Misselwitz und formal gewissermaßen parallel zu den SPD-Bundestagsabgeordneten Dietrich Stobbe und Horst Ehmke Washington besucht. Während dieser Reise wurde mir klar, daß das vereinte Deutschland - zumindest für eine Übergangszeit - Mitglied der NATO sein mußte. Doch wollten wir einer solchen Mitgliedschaft erst zustimmen, wenn die NATO auch zu den notwendigen eigenen Veränderungen bereit wäre, was ihre Funktion und Strategien betrifft (Aufgabe der Vorverteidigung, *flexible response* und nuklearem Ersteinsatz).

3. Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, daß wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, daß wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte z.B. der Verzicht nicht nur auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt, sondern auch auf die Stationierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Am liebsten hätten wir diese Beschränkung im Einigungsvertrag bzw. im Grundgesetz festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich im Juni beim 2+4-Außenministertreffen in Berlin den Vorschlag unterbreitete, die deutschen Truppen auf 300 000 (bzw. als Kompromiß auf 380 000) zu reduzieren, wurde er von den westlichen Verhandlungspartnern noch als Singularisierung Deutschlands vehement abgelehnt. Wenig später ist es dann aber doch so gekommen, wenn auch ohne auf meinen Vorschlag Bezug zu nehmen: Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, daß das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370 000 Mann begrenzen werde. Diese Erklärung wurde Bestandteil des 2+4-Vertrages.

4. Wie oben beschrieben, fühlten wir uns unseren östlichen Nachbarn tief verbunden, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten. Das schloß auch die Völker der Sowjetunion mit ein – sie hatten wie die sowjetischen Satellitenstaaten unter Stalin gelitten und sich nun ebenfalls auf den Weg der Demokratisierung gemacht, der für sie viel steiniger werden mußte, als für uns, gab es doch keinerlei demokratische Tradition. Gleichzeitig anerkannten wir die Verdienste Gorbatschows um die Demokratisierung des Sowjetsystems. Es schien uns aber nicht nur aus dieser moralischen und historischen Verbundenheit, sondern insbesondere aus grundsätzlichen politischen Gründen unerläßlich, mit der Sowjetunion zu einer auch für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur aus augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein „Versailles“ für die Sowjetunion vermeiden. Nicht nur die Zustimmung der Sowjetunion, sondern die wirkliche, angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen lag deshalb aus unserer Sicht nicht nur in unserem eigenen deutschen Interesse, sondern im Interesse ganz Europas. Daher war uns wichtig, daß die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibt, sowohl politisch-kulturell und wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch. Für die Sowjetunion war es u.a. ein Problem, daß mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich - insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft - war die Bundesrepublik mit diesen als Bündnispartner inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln - was für die Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war -, machte ich beim zweiten 2+4-Außenministertreffen in Berlin im Juni 1990 den Vorschlag, daß alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheitspolitisch nichts gekostet, wäre für die Sowjetunion aber ein wichtiges Symbol gewesen! Natürlich wurde ein solcher Vorschlag für völlig unmöglich gehalten.

5. Die Sicherung der Bodenreform war ein zentrales Anliegen der DDR-Koalitionsregierung. Wir haben nie bestritten, daß im Zusammenhang der Bodenreform 1946 viel Unrecht geschehen ist. Doch waren wir aus Gründen der strukturellen Entwicklung des ländlichen Raumes strikt gegen die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse und das Wiedererstehen der alten ostelbischen Güter auf dem Lande. Die Sowjetunion unterstützte dieses Anliegen und machte es sich zueigen, wie aus den verschiedenen Dokumenten von April bis August 1990 hervorgeht. Staatssekretär Dieter Kastrup hat dem Bundesverfassungsgericht gegenüber dazu sachgemäß berichtet. Über die Motive der Sowjetunion für diese Haltung kann man nur spekulieren. Mir gegenüber sind solche Motive nie ausgesprochen worden, doch haben wir danach auch nicht gefragt, waren wir doch sehr zufrieden mit der sowjetischen Position, welche die unsere stützte. Die Sowjetunion konnte m.E. in dieser Zeit aber schon deshalb kein Interesse daran haben, daß die Rechtsakte der SU in der Besatzungszeit neu aufgerollt werden, da sie sonst auch mit der Frage der Speziallager etc. konfrontiert worden wäre. In Fünfeichen wurden im Frühjahr 1990 die Massengräber gefunden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die SU in Sorge war, daß unbequeme Fragen auf sie zukommen könnten, wenn die Legitimität des rechtlichen Handelns der SU zum Thema gemacht würde.

Für unsachgemäß halte ich die heutige Zuspitzung der Frage, ob die SU die deutsche Einheit an der Bodenreform hätte scheitern lassen, denn so stand die Frage in den Verhandlungen nie. Es gab keinen Zeitpunkt, an dem etwa alle anderen Fragen geklärt und nur diese offen geblieben wäre. So stand die Frage nie, ob die Sowjetunion daran irgendetwas hätte scheitern lassen. Mit Sicherheit waren ihr andere Fragen wichtiger – doch bleibt es dabei, daß sie diese Position bis zum Ende vertreten hat. Daß nicht nur die DDR den Bestand der Bodenreform gefordert hat, wird allein schon durch das Ergebnis deutlich: Allein hätte die DDR in den 2+4-Verhandlungen eine solche Position nicht zum Erfolg führen können!

Wer heute dieses Ergebnis rückgängig zu machen versucht bzw. unterläuft, begeht Einigungsbetrug. Viele Abgeordnete der Volkskammer haben 1990 dem Einigungsvertrag, den sie sonst in vielen Details heftig kritisierten, nur zugestimmt, weil ihnen klar war, daß die Alternative ein Überleitungsgesetz gewesen wäre, in dem die Sicherung der Bodenreform bestimmt nicht mehr enthalten gewesen wäre.

6. Wie oben schon dargestellt, hatte die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße für uns eine hohe Priorität. Die Grenze sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, daß unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden können. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen. Jeden Eindruck, daß wir Deutsche dazu gedrängt werden müßten, hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt! Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen.

Daher strebten wir einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, wie sie 1950 im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und Polen und 1972 im Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen beschrieben war. Im Verfahren schlossen wir uns einem Vorschlag des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki an, denn wir wollten alles tun, um auf polnischer Seite alle Zweifel und Unsicherheiten über das deutsche Verhalten zu vermeiden. Entsprechend sollte unserer Meinung nach der Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen ausgehandelt und paraphiert, sofort nach der Vereinigung von der gesamtdeutschen und der polnischen Regierung unterschrieben und von den beiden Parlamenten ratifiziert werden. Dem widersetzte sich Helmut Kohl vehement, so daß die Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen nach kurzer Zeit im Sand verliefen.

Die damals häufig gebrauchte Rede davon, daß die Anerkennung der Grenze, bzw. - wie es hieß - die Abtretung der früheren deutschen Ostgebiete der Preis für die Wiedervereinigung sei, hielten wir für sehr problematisch. Die Gebiete waren aus unserer Sicht in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazideutschland längst verloren und es galt, dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen! Helmut Kohls lang währende Weigerung, die deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, Wählerstimmen unter den Vertriebenen und im äußersten rechten Lager nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in welcher der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim 2+4-Außenministertreffen in Paris (Juli 1990) eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür war die von uns schon früh vorgeschlagene Unterscheidung von Grenz- und Grundlagenvertrag (der später Nachbarschaftsvertrag hieß). Ursprünglich wollten weder Polen noch die Bundesregierung diesem Vorschlag folgen, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Polen wollte möglichst im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung alle es interessierenden Fragen der Zukunft klären, nicht nur die Grenzfrage. Die Bundesregierung dagegen war sich bewußt, daß ein solcher umfassender Vertrag viel Zeit

brauchen würde – und das war ihr gerade recht, denn sie spielte wegen der Bundestagswahl auf Zeit. In Paris wurde dann beschlossen, daß unmittelbar nach der Vereinigung der Grenzvertrag geschlossen werden sollte, danach dann auch ein Grundlagen- bzw. Nachbarschaftsvertrag. Nach der Vereinigung nahm Helmut Kohl im November 1990 diese Differenzierung insofern zurück – natürlich auch dies mit Blick auf die Bundestagswahl -, als er erklärte, Deutschland würde den ausgehandelten Grenzvertrag erst gemeinsam mit dem auszuhandelnden Nachbarschaftsvertrag ratifizieren. So konnten die Vertriebenen zur Wahl hoffen, daß ihre Belange angemessen berücksichtigt würden ... . Die sich bei solchem Verhalten einstellenden Befürchtungen haben sich dann glücklicherweise in den folgenden Jahren nicht bestätigt!

Die Veränderung der DDR-Positionen im Laufe der Verhandlungen nachzuzeichnen, kann hier nicht der Ort sein. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war gering, nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern insbesondere durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Das „schmale“, auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des 2+4-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 machte jedoch nicht nur den Weg frei für die deutsche Einheit, sondern mündete auch in die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990. Wer diese Texte heute liest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in ganz Europa damals erfüllte.

## **b) Die Nachbarn in Europa**

Nicht nur in Polen oder Frankreich, auch bei anderen Nachbarn der beiden deutschen Staaten gab es Befürchtungen und Sorgen angesichts des Prozesses der deutschen Einheit. Es war mit Sicherheit eine weise Entscheidung, daß nicht alle ehemaligen Kriegsgegner bei diesem Prozeß mitreden sollten. Doch galt es gleichzeitig, bei den anderen Staaten und insbesondere bei den Nachbarvölkern um Vertrauen und Zustimmung zu werben. Deshalb war es auch wichtig, daß die KSZE-Staaten nach Abschluß der 2+4-Gespräche über die Ergebnisse förmlich unterrichtet wurden. So sollte deutlich werden, daß die Deutschen ihre neu gewonnene Souveränität und ihr mit der deutschen Einheit vollzogenes Recht auf Selbstbestimmung als gute Nachbarn in Europa gestalten werden.

Wenn wir Sozialdemokraten schon im Wahlkampf zur ersten demokratischen Wahl immer wieder betont hatten, daß niemand die deutsche Einheit solle befürchten müsse, auch die europäischen Nachbarn nicht, so hatten wir durchaus auch die Konsequenzen der Währungsunion für den Außenhandel der DDR, insbesondere mit den östlichen Partnern im Blick. So traten wir dafür ein, daß im Rahmen der Vereinigung die Vertragstreue der DDR Berücksichtigung finden müsse. In der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu: „Für die bestehenden Außenhandelsverpflichtungen der DDR, insbesondere mit der Sowjetunion, müssen auch im Rahmen der EG Lösungen im Sinne der Vertragstreue der DDR gefunden werden, die vor allem zu einer Stabilisierung und Stärkung der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa beitragen.“ Diesem von uns immer wieder mit Nachdruck vorgetragenen Anliegen begegnete Bundesfinanzminister Waigel - vorsichtig ausgedrückt - ausgesprochen zurückhaltend. Das galt für die Verhandlungen zur Währungsunion ebenso wie für die direkten Beziehungen mit den Betroffenen. Im Sommer 1990 war an Hermes-Bürgschaften für den Osthandel der DDR nicht zu denken. Diese gab es erst ab Dezember 1990 - nachdem viele Handelsbeziehungen gen Osten schon nicht mehr bestanden und viele Betriebe in Ostdeutschland durch ein Wegbrechen der Märkte kaputtgegangen waren.

Im Juni 1990, wenige Wochen vor der Währungsunion, veranstaltete das Außenministerium der DDR in Berlin mit den östlichen Nachbarländern eine Konferenz mit dem Ziel, die negativen Folgen der Währungsunion für den Osthandel der DDR zu analysieren und nach Möglichkeiten der Schadensbegrenzung für einen Zeitraum der Anpassung zu suchen. Das Interesse in den Partnerländern war groß. Doch sagte das eingeladene Bundesministerium für Finanzen kurzfristig ebenso ab wie das Auswärtige Amt - und im Gefolge dann auch der eigene Ministerpräsident und Wirtschaftsminister ... .

Die Solidarität mit den östlichen Nachbarn, die wie wir die Demokratie selbst erkämpft hatten, spielte für uns eine wichtige Rolle. Die Einigung Deutschlands sollte - wie oben beschrieben - in unseren Augen damit verbunden werden, das Gegenüber der beiden Blöcke zu überwinden und gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen zu entwickeln. So entwickelten wir mit Polen und der Tschechoslowakei die sogenannte trilaterale Initiative zur Stärkung und Institutionalisierung der KSZE vom 12. Juni 1990. Die drei Staaten regten an, regelmäßig Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten durchzuführen und einen Europäischen Rat für Sicherheit und Zusammenarbeit zu schaffen. Auf dieser Ebene sollten die Außenminister jährlich zweimal zusammenkommen. Dieser Rat sollte ein ständiges Sekretariat - mit Sitz in Prag - erhalten. Außerdem wurden damals zwei KSZE-Zentren vorgeschlagen: Ein „Zentrum für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Verifikation“ mit Sitz in Berlin sowie eines zur Verhütung und Beilegung von

Konflikten, das dem Sammeln von Informationen über mögliche Ursachen und Lösungsmöglichkeiten potentieller Konflikte und militärischer Streitfälle sowie über die Verhinderung ihres Entstehens dienen sollte.

Die DDR wurde mit der Vereinigung automatisch und ohne Verhandlungen Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft. Diese Perspektive war aus unserer Sicht ebenfalls für die Staaten Ostmitteleuropas notwendig. Auch sie sollten die Möglichkeit der Integration in die Europäische Gemeinschaft erhalten. Wenn im Westen von Europa gesprochen wurde, war damit - nicht nur 1990, sondern noch Jahre später - gemeinhin nur Westeuropa gemeint, meist die Europäische Gemeinschaft. Uns lag dagegen daran, eine gesamteuropäische Perspektive zu entwickeln und deutlich zu machen, daß nur mit der Integration dieser ostmitteleuropäischen Staaten und mit einer verbindlichen Kooperation mit der Sowjetunion ein stabiles Europa der Zukunft zu gestalten ist. So heißt es schon in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition in der DDR vom 12. April 1990: „Die DDR will ihre besondere Verbindung zu den Völkern Osteuropas auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet entwickeln und vertiefen. Sie tritt für eine baldige, stufenweise Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ein. Sie fordert nach der Vereinigung Berlin als Hauptstadt Deutschlands, um dieser Brückenfunktion einen besonderen Ausdruck zu geben.“ Diese Sätze haben auch heute - nach 10 Jahren, während wir mitten in den Beitrittsverhandlungen der EU mit diesen Staaten stehen sowie kurz nach dem Umzug von Regierung und Bundestag nach Berlin - nichts an ihrer Aktualität verloren ... .

Abschließend läßt sich vielleicht Folgendes sagen: Die Außenpolitik der demokratischen DDR war nur in ganz wenigen Hinsichten erfolgreich. Die Gründe dafür sind mannigfach. Gewiß gehörte dazu auch mancher Fehler und die eigene Unzulänglichkeit und Unerfahrenheit, auch die fehlende Einigkeit schon innerhalb der eigenen Regierung. Der wichtigste Grund scheint aber der anfangs beschriebene zu sein: die DDR würde schon nach kurzer Zeit nicht mehr existieren und ein solcher Staat kann zwar noch Ziele beschreiben, aber kaum noch bewirken!

Vielleicht haben aber die vorgehenden Ausführungen ein Stück weit deutlich machen können, daß unsere Ziel- und Problemstellungen vor zehn Jahren durchaus Herausforderungen beschrieben, vor denen wir z.T. auch heute noch stehen.